

Beschluss

der 2. Tagung des 3. Landesparteitages Die LINKE. Thüringen

(Einstimmig angenommen)

Linke Strategien der Europapolitik für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum in Thüringen

Der Parteitag am 17./18. November 2012 in Wurzbach möge beschließen:

1. Die Partei DIE LINKE Thüringen betrachtet die in dem Thesenpapier „STRATEGIEN DER EUROPAPOLITIK DER PARTEI DIE LINKE THÜRINGEN“ dargestellten Positionen als Grundlinien für das Handeln auf europapolitischem Gebiet.
2. Die Partei DIE LINKE Thüringen fordert die Abgeordneten in EU-, Bundes-, Länder- und Kommunalparlamenten auf, im Sinne dieser Positionen zu agieren.

STRATEGIEN DER EUROPAPOLITIK DER PARTEI DIE LINKE THÜRINGEN

I. Auch wir sind Europa

Wenn gegenwärtig von Europa gesprochen wird, ist zum einen der Lebensraum Europa und zum anderen der Politikraum Europäische Union gemeint. Als politisches Gebilde bislang einzigartig, stellt ihr Grundgedanke der europäischen Integration eine Antwort auf den deutschen Faschismus und seine singulären Verbrechen sowie den beiden von Deutschland ausgegangenen mörderischen Weltkriegen dar. Durch wirtschaftliche Kooperation und Integration näherten sich zunächst die westeuropäischen Staaten politisch einander an. Eingebettet in die Systemkonfrontation des Kalten Krieges, erschien die Europäische Union nach dem Ende des Staatssozialismus 1989/90 als die große Chance einer gemeinsamen friedlichen, demokratischen, sozialen und ökologischen Entwicklung, die in substantiellen Teilen ungenutzt blieb. Dennoch hat Europa als erweiterter Reise-, Studien, Arbeits- und Lebensraum für viele Menschen ein anderes Gesicht als die EU mit ihrem rechtlichen, politischen und finanziellen Regularien. Beide Aspekte führen zu einem zwiespältigen Bild von Europa, und deren Folgen für das alltägliche Leben der Menschen in ihren Mitgliedstaaten.

Der bisherige europäische Integrationsprozess war und ist von in sich widersprüchlichen Entwicklungen und Tendenzen geprägt. Einerseits sollte er Faschismus und Krieg als dramatischste Konsequenzen des Kapitalismus unterbinden. Andererseits befestigte er zugleich die Grundlagen des nach dem Zweiten Weltkrieg zutiefst diskreditierten kapitalistischen Systems. Die von Europa ausgehenden zivilisatorischen Fortschritte wurden und werden durch sein Demokratiedefizit gefährdet. Demokratie, ein Grundwert der EU, bedeutet Mitbestimmung der Bevölkerung. Von allen grundlegenden Entscheidungen auf europäischer Ebene sind die Menschen jedoch bislang ausgeschlossen worden. Stattdessen wird die EU als ein vor allem technokratischer und bürokratischer Apparat erlebt. Trotz der vielfältigen Förderung und Unterstützung verschiedenster wirtschaftlicher, sozialer und ökologischer Projekte sowie des Austauschs insbesondere der Jugend, die auch wir in Thüringen und Ostdeutschland in über 20 Jahren positiv erfahren haben, nehmen Bevölkerungsmehrheiten die EU als unsozial und undemokratisch wahr. Die Intransparenz der europäischen Entscheidungsprozesse verschleiert die Tatsache, dass die nationalen Regierungen Europa benutzen, um unsoziale und undemokratische Projekte in ihren jeweiligen Ländern im Interesse des Kapitals durchzusetzen, so auch in der gegenwärtigen Krise. In ihr erweist sich die von den Regierungen der Mitgliedsstaaten zu verantwortende neoliberale markt- und wettbewerbsideologische Ausrichtung der EU immer mehr als unfähig, den sozialen, ökonomischen und ökologischen Interessen des Großteils der europäischen Bevölkerung gerecht zu werden. Getrieben von der Angst um den drohenden Verlust an wirtschaftlicher und politischer Macht in der Welt werden die Symptome der Krise, nicht aber deren Ursachen bekämpft. Unter einem „Mehr an Europa“ verstehen die politisch Verantwortlichen in der EU die verschärfte Fortführung jener Strategie, die in die Krise geführt hat. Das ist sowohl die Politik der Deregulierung und Liberalisierung der europäischen Finanzmärkte und des EU-Binnenmarktes als auch die der Privatisierungen vor allem öffentlichen Eigentums und Dienstleistungen sowie der sozialen Sicherungssysteme.

In ihrer Folge befindet sich die Europäische Union in ihrer tiefsten politischen Krise, die Gefahr des Auseinanderbrechens ist real. Dies hätte unabsehbare soziale, ökonomische, ökologische und auch sicherheits- und friedenspolitische Konsequenzen für Europa, mit möglicherweise verheerenden globalen Auswirkungen. Schon deshalb besteht nach Auffassung der LINKEN in Thüringen der Ausweg aus der gegenwärtigen Krise weder in einem neoliberalen „Mehr an Europa“, noch in einem Zurück zum Nationalstaat, sondern in einer Vertiefung der europäischen Integration, transnationaler Kooperation und Koordinierung. Sie muss jedoch in Abkehr der gegenwärtigen Richtung zu einer EU führen, die demokratischer, sozial gerechter, ökologischer und friedfertiger wird und damit jenen

Ausgangspunkt wieder aufnimmt, der am Beginn des europäischen Integrationsprozesses stand.

Das heutige Europa ist auch ein Ergebnis des europäischen antifaschistischen Widerstandes. Zweifellos haben konservative und liberale PolitikerInnen, die teilweise selbst aus dem Widerstand kamen, große historischen Leistungen im Nachkriegswesteuropa vollbracht. Dennoch kann die Linke selbstbewusst darauf verweisen, dass die europäischen Integration in ihrem Ursprung eine linke Idee ist und dass es zu ihrer tatsächlichen Verwirklichung eine starke Linken in Europa braucht. Die Vorstellung, dass ein geeintes Europa den Frieden sichern und zugleich die Chance auf einen demokratischen Sozialismus bieten würde, teilten SozialistInnen in ganz Europa. Dies gilt trotz der Differenzen darüber, welche konkreten Schritte zur Realisierung nötig seien und welche Chancen die Idee hätten. Das gilt auch, obwohl im Widerstreit zwischen tatsächlichen oder vermeintlichen nationalen Interessen der proletarische Internationalismus mehrfach unterlag.

DIE LINKE. Thüringen plädiert dafür, die ursprünglich linke Idee der europäischen Integration in den Diskurs der deutschen und europäischen Linken wieder aufzunehmen und sich den damit verbundenen schwierigen Diskussionsprozessen bei Achtung der unterschiedlichsten Erfahrungen, Vorstellungen und Konzepten zu stellen. Die Linke in Europa wird dabei insgesamt neue Lösungen finden müssen, die eigene politische Praxis sowohl europaweit zu entfalten als auch vor Ort (mitgliedstaatlich, regional, lokal) zu verankern. Dies wird sowohl neue Praxisformen als auch neue Formen der Vernetzung und der Organisation erforderlich machen. Wir knüpfen an die jetzt schon massenhaft erhobenen Forderungen und Wünsche der Vielen an, die im Rahmen der Occupy-Bewegung, durch die spanischen Indignados (der Empörten), durch die Bewegung Movimiento 15-M (Bewegung 15. Mai) und im Oktober 2012 auf dem „Forum Florenz 10+10“ öffentlich formuliert wurden und mit denen sich immer mehr Menschen gegen Fremdbestimmung von oben und behauptete Alternativlosigkeit zu Wehr setzen.

Wir sind der Überzeugung, dass ein demokratischer Sozialismus nur auf europäischer und globaler Ebene möglich ist. Hierfür bedarf es eines Transformationsprozesses, über dessen Ziele und Wege sich die Linke in Europa verständigen muss. Hierzu wollen wir einen Beitrag leisten.

II. Sozialpakt statt Fiskalpakt

Ausdruck der existentiellen Krise der Europäischen Union ist die EURO-Krise, die als Staatsschuldenkrise der südeuropäischen Länder dargestellt wird. Tatsächlich hat die Krise die gravierenden Fehlkonstruktionen der EU und der Europäischen Währungsunion, der Vereinheitlichung der Geldpolitik ohne europäische Koordinierung der Wirtschafts-, Sozial-, und Steuerpolitik offen gelegt. Sie hat zu unregulierten Finanzmärkten, unausgeglichene Außenhandelsbilanzen und ungerechter Einkommensverteilung durch Lohndumping einerseits, Steuergeschenken, Steuerschlupflöchern und Steueroasen andererseits geführt. Von ihr profitieren die Reichen und Vermögenden, die globalen und transeuropäisch agierenden Konzerne und Banken in ganz Europa. Ihre hemmungslosen Spekulationen auf den internationalen Finanzmärkten sind für die gegenwärtige Wirtschafts-, Währungs- und Finanzkrise verantwortlich, deren Lasten nun auf die Bevölkerungsmehrheiten in den Mitgliedstaaten abgewälzt werden. Denn die Regierenden in der EU richten ihre „Krisenbewältigung“ an den Interessen der globalen Wirtschaftsunternehmen sowie der JongleurInnen an den europäischen und globalen Finanzmärkten aus.

Der Fiskalpakt ist Kern ihres neoliberalen, demokratiefeindlichen, asozialen und Umwelt zerstörenden Konzeptes, mit dem die EU-Kapitaleliten ihre Interessen auf den Weltmärkten und im globalen Konkurrenzkampf durchsetzen sowie scheinbare Defizite „ihrer“ Wirtschafts- und Finanzunion beseitigen wollen.

Der Fiskalpakt ist kein EU-Vertrag und er ist nicht konform mit bestehendem EU-Recht. Der Fiskalpakt ist ein Abkommen zwischen 25 EU-Mitgliedstaaten, der unter dem Druck von Merkel und Sarkozy abgeschlossen wurde. In Not geratene Staaten müssen sich dem Fiskalpakt unterwerfen, wenn sie andere Instrumente wie den Europäischen Rettungsschirm in Anspruch nehmen wollen. Dem Europaparlament wird bislang jegliche Kontrolle bei der Durchführung des Fiskalpaktes verweigert, obwohl EU-Institutionen wie die Kommission und der Europäische Gerichtshof zu seiner Durchsetzung in Anspruch genommen werden. Als faktische europäische Nebenverfassung verschärft der Fiskalpakt das Demokratiedefizit der EU.

Vorbild des Fiskalpaktes ist das „deutsche Modell“ mit Agenda 2010, Hartz IV, Umbau des Arbeitsmarktes hin zu prekärer Beschäftigung und Leiharbeit sowie Erhöhung des Renteneintrittalters vorerst auf 67 Jahre. Es wird von den Entscheidungsträgern in der EU als Ausweg aus der Krise ausgegeben. Tatsächlich hat es die Agendapolitik der deutschen Exportwirtschaft ermöglicht, zulasten der lohnabhängigen Beschäftigten ihre europäischen KonkurrentInnen nieder zu konkurrieren und Milliardenprofite zu erzielen. Das Ergebnis ist die tiefe soziale Spaltung der deutschen Gesellschaft, die mit ihrer Übertragung auf Europa die sozialen bestehenden Probleme verschärft wird. Insbesondere die Krise in Griechenland zeigt mit der dramatisch zunehmenden Armut, der Zerstörung der griechischen Gesellschaft und der Zunahme nationalistischer, fremdenfeindlicher und faschistischer Tendenzen bis hin zur Gefahr eines Putsches die Konsequenzen auf, die sich aus dieser Politik ergeben.

Wir, DIE LINKE Thüringen solidarisieren uns mit allen Menschen in Europa, die für die Verteidigung ihrer Menschenrechte und –würde kämpfen. Auch in dieser Krise verlaufen die Konflikte nicht zwischen Deutschen und GriechInnen, ItalienerInnen, SpanierInnen oder PortugiesInnen, sondern zwischen Oben und Unten. Setzen sich die gegenwärtigen Entwicklungen fort, werden auch die bisher scheinbar sicheren Volkswirtschaften von der Krise erfasst und den Finanzspekulationen ausgesetzt. Auch in Deutschland stünde dann der weitere Abbau sozialer und ökologischer Standards sowie demokratischer Rechte auf der Tagesordnung.

Deshalb fordert DIE LINKE. Thüringen: Sozialpakt statt Fiskalpakt:

- Der Fiskalpakt ist durch einen Sozialpakt zu ersetzen, der den Schutz der sozialen und ökologischen Standards sichert, auf den Ausbau öffentlicher Dienstleistungen und Güter setzt und Armut bekämpft.
- Der Vertrag über Grundlagen und Arbeitsweise der EU (Lissabonner Vertrag) ist um eine Sozialklausel zu ergänzen, die dem Vorrang der wirtschaftlichen Freiheiten gegenüber dem Sozial- und Beschäftigungsschutz der Menschen in Europa ein Ende setzt.
- Alle im Rahmen der "Euro-Rettungspolitik" getroffenen Entscheidungen zulasten der Lebensinteressen der europäischen Bevölkerung sind zu widerrufen. Kein Mitgliedstaat darf zum Verlassen die Eurozone genötigt werden.
- Wir fordern den sofortigen Stopp der Privatisierung von öffentlichen Gütern und Dienstleistungen, von Sozial- und Rentensystemen und den Stopp des Abbaus sozialer, ökologischer und demokratischer Rechte und Standards.
- Wir fordern die Beseitigung der Funktionsdefizite der Wirtschafts- und Währungsunion durch eine gemeinsame und eng koordinierte Geld-, Fiskal-, Wirtschafts- und Sozialpolitik, das schließt die Stärkung parlamentarischer Beteiligung und Rechte auf allen Ebenen, insbesondere des Europaparlaments, ein.
- Wir fordern die Regulierung der Märkte und Banken und plädieren für eine Bankenunion und für Eurobonds unter der Voraussetzung, dass sich diese auf die Menschen richten, die eine funktionierende solidarische, wirtschaftliche, soziale Union brauchen. Maßnahmen, die ausschließlich auf Profite in der globalen Konkurrenz zielen, lehnen wir strikt ab.

III. Die Zukunft Europas und die europäische Linke

Wir, DIE LINKE Thüringen, sind der festen Überzeugung, dass die Europäische Union nur dann eine Zukunft haben wird, wenn in ihrem Rahmen die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, dass alle Menschen in Europa in Würde und im Einklang mit Natur und Umwelt leben können.

Zur Umsetzung eines solchen Leitbildes für eine solidarische Erneuerung der Europäischen Union schlagen wir folgende strategische Zielstellungen vor:

- Die EU ist tiefgreifend zu demokratisieren. In die Diskussion um die Zukunft Europas und der EU sind die Impulse, Anliegen und Forderungen der Vielen aufzunehmen, die sich für ein demokratisch verfasstes, soziales und ökologisches Europa einsetzen. Die Rechte des Europaparlaments sind umfassend zu stärken, die Mitspracherechte der nationalen Parlamente im Vorfeld europäischer Entscheidungen sind auszuweiten. Hierfür bedarf es einer neuen Kultur der Kooperation innerhalb der EU und ihren Mitgliedstaaten, aber auch im Verhältnis zu den anderen Staaten dieser Erde und ihren Bevölkerungen.
- „Die Wirtschaft“ ist an den sozialen Interessen und ökologischen Erfordernissen zu orientieren. Statt zuerst den „Euro“ und die im Rahmen des Maastrichter Vertrages festgelegten Kriterien zur Stabilität zum Ziel der Politik zu machen, sind die Lebensinteressen der Menschen in den Blickpunkt zu nehmen: Zuerst die Menschen, dann der Euro!
- Die EU muss ihrer Verantwortung als globaler und ziviler AkteurInnen in einer neuen Weise nachkommen, ihre Politik an der Lösung globaler Probleme wie dem Klimawandel, der Umweltzerstörung, dem Hunger, von Unterentwicklung und Armut ausrichten. Ihre auf ungleiche Marktzugänge, Kampf um Ressourcen und Extraprofiten gerichtete Strategie „Global Europe“ zu *Lasten der Länder der Dritten Welt*, die zunehmende Militarisierung ihrer Außen- und Sicherheitspolitik und ihre Außenhandelsstrategie sind durch eine Politik der Kooperation, des Interessenausgleiches, der Entwicklungskooperation, der Abrüstung und der Demilitarisierung internationaler Beziehungen zu ersetzen. Es darf keine Festung Europa geben. Das bestimmende Motto muss „offene Grenzen für Menschen in Not“ sein.
- Wir unterstützen jene Vorschläge, die für die Erarbeitung tiefgreifender Reformen einer zukünftigen EU über den Weg eines Verfassungskonvents und eines Verfassungsprozesses plädieren. Wir fordern aber, dass nicht nur RepräsentantInnen der verschiedenen politischen Ebenen und Institutionen sowie juristische und ökonomische ExpertInnen beteiligt werden, sondern eine breite zivilgesellschaftliche Diskussion um die Gestaltung der Europäischen Union stattfindet.
- Insbesondere die institutionelle Ausgestaltung und die konkrete Form einer solidarischen Kooperation zwischen den lokalen/regionalen; nationalen und der europäischen Ebene sind offene Fragen, denen sich die europäische Linke stellen muss.

Generell gilt es längerfristig und in einem sachorientierten Prozess konkret zu diskutieren:

- Welche Politikbereiche müssen/sollen auf der jeweiligen Ebene entschieden werden? Welche für alle verbindliche EU-Regelungen werden gebräuchlich und wie sollen sie zustande kommen? Wo plädieren wir für EU- Rahmensetzungen, die national, regional/lokale auszugestaltet sind? Gibt es Bereiche, die vor Ort, in den Mitgliedstaaten besser gelöst werden können und in denen die EU nicht regelnd eingreifen soll, bestehende Regularien eventuell auch zurückgebaut werden können und müssen?
- Welche vertraglichen Grundlagen braucht es zur Umsetzung unserer Antworten? Wie kann auf allen Ebenen das bestehende Demokratiedefizit der EU abgebaut werden?

Wie kann eine demokratische Kooperation zwischen den nationalstaatlich organisierten Demokratien und den EU-Institutionen entwickelt werden? Welche Rolle/Funktionen sollen nationale Volksentscheide zu grundlegenden europapolitischen Fragen haben, in welchem Verhältnis stehen sie zu europäischen Volksentscheiden?

- Wir treten für eine Neugestaltung des Verhältnisses und des Zusammenhangs zwischen europäischer und mitgliedstaatlicher, „nationaler“ Politik ein. Anstatt sie als alternativ und konkurrierend zu betrachten, sehen wir sie als einander ergänzende und sich wechselseitig verstärkende Politikebenen an. Die europäische Ebene kann viel dazu beitragen, die politischen Handlungsmöglichkeiten in den Kommunen, Regionen und auf nationaler Ebene zu stärken. In den Kommunen, Regionen und auf nationaler Ebene wiederum kann europäische Politik betrieben werden, in dem Anforderungen an sie gestellt werden und geprüft wird, wie sich europäische Politik tatsächlich auswirkt.
- Wir sind davon überzeugt, dass alle AkteurInnen, die für die individuellen und kollektiven Grundrechte in der EU und für die Demokratisierung gesellschaftlicher Entscheidungsprozesse kämpfen, zusammenwirken müssen. Überall in Europa wehren sich gegenwärtig viele Menschen dagegen, dass die Lasten der Krise, die sie nicht zu verantworten haben, auf sie abgewälzt werden. Sie kämpfen für ihre sozialen, politischen und individuellen Rechte, für die Gleichstellung der Geschlechter, für Gerechtigkeit und eine menschliche Gesellschaft, für Frieden und die Respektierung der UN-Charta, für die Wahrung des Völkerrechts, für den Erhalt und die Gesundung der natürlichen Lebensgrundlagen. DIE LINKE. muss in Deutschland dazu beitragen, dass diese Kämpfe gegen neoliberale Politik in den Kommunen, Regionen und Mitgliedstaaten zunehmend auch auf der Ebene der EU geführt werden und damit zu ihrer grundlegenden Veränderung führen.

IV. Europapolitische Anforderungen an linke Politik in Thüringen - Europa den BürgerInnen nahe bringen

Der Landesverband Thüringen versteht sich als Teil der EUROPÄISCHEN LINKEN.

Unsere politischen Alternativen für ein soziales, ökologisches und friedliches Europa müssen wir stärker den Menschen in unserem Land vermitteln. Wir werden die Gedanken der Solidarität zwischen den arbeitenden Menschen in der EU den neoliberalen Prinzipien der freien Marktwirtschaft entgegensetzen.

Der Zusammenhang von Europa-, Bundes- und Landespolitik und seine Auswirkungen auf die soziale Daseinsvorsorge sind besonders mit den Mitgliedern der Kreistage und den Stadt- und Gemeinderäten zu diskutieren. Der Landesparteitag fordert deshalb den Landesvorstand und die Landtagsfraktion auf im Zusammenwirken mit der RLS und dem KOPOFOR dazu Veranstaltungen anzubieten.

In enger Zusammenarbeit zwischen dem Europabüro und der Landtagsfraktion sind in Kreisverbänden mindestens einmal im Jahr europapolitische Tage zu veranstalten.

Der Landesverband, die Landtagsfraktion und das Europabüro Gabi Zimmer werden zukünftig jeweils in der Europawoche im Mai einen zentralen Europatag in Erfurt durchführen.

Kohäsions- und Strukturfonds als entscheidendes Instrument zur wirtschaftlichen, regionalen und sozialen Angleichung in der EU ausbauen!

Seit 1990 wurden dem Freistaat Thüringen rund 8 Milliarden Euro aus den europäischen Strukturfonds zur Verfügung gestellt. Ohne diese Mittel wäre es nach der politischen und

wirtschaftlichen Wende nicht möglich gewesen, die damit verbundenen sozialen Auswirkungen für die Menschen in Thüringen abzufedern. Vor allem durch die Mittel aus den Strukturfonds konnte ein zweiter Arbeitsmarkt und eine soziale Infrastruktur aufgebaut werden. Viele Vereine und Verbände würde es heute ohne EU-Gelder nicht geben. Auch eine Wirtschaftsförderung und die Entwicklung des ländlichen Raumes wäre in diesem Umfang nicht möglich gewesen.

In der 2013 auslaufenden Förderperiode bekam Thüringen 2,1 Mrd. Euro Förderung.

Thüringen erreichte dank dieser Förderpolitik der vergangenen Jahre ein Bruttoinlandsprodukt pro EinwohnerIn in Höhe von 84 % des EU- Durchschnitts. Damit fällt der Freistaat zukünftig aus der Höchstförderung heraus.

Gegenwärtig wird in der EU der zukünftige Haushaltsrahmen für die neue Förderperiode bis 2020 beraten.

In den laufenden Verhandlungen geht es vor allem darum, ob der jetzige EU-Haushalt bis 2020 auf dem gleichen Stand wie bisher eingefroren wird. Vor allem wirtschaftlich starke Staaten wollen ihre Beiträge für den gemeinsamen Haushalt auf 1,0 Prozent des BIP reduzieren. Bleibt es dabei, werden die Struktur- und Förderprogramme der EU erst recht nicht mehr ausreichen,

Unter den jetzigen Bedingungen bedeutet ein Einfrieren des Haushalts für die Periode von 2014 bis 2020 eine reale Senkung um ca. 14 Prozent.

Wir befürchten, dass vor allem die Mittel für die einzelnen Strukturfonds gekürzt und innerhalb des ESF beispielsweise die Programme für den Kampf gegen Armut und soziale Ausgrenzung reduziert werden könnten.

Dies lehnen wir ebenso ab wie die Kopplung der EU-Strukturfonds an die Durchführung von Reformen in den am meisten von der Krise betroffenen Ländern. Damit würden gerade diejenigen, die Hilfe am meisten benötigen, doppelt bestraft: Zum einen durch die Reformen, die zu massiven Kürzungen der Sozialausgaben führen, und zum anderen durch die Nichtfinanzierung von Projekten, die der regionalen Entwicklung und der Senkung der Armut dienen sollen.

Wir erklären deshalb:

Wer eine solidarische Union will, muss für einen höheren EU-Haushalt eintreten und der Erwirtschaftung von Eigeneinnahmen durch die EU zustimmen. Die Einnahmen aus der Erhebung einer europäischen Finanztransaktionssteuer sollten künftig je hälftig in die Mitgliedstaaten und in den EU-Haushalt fließen und vor allem zur Bekämpfung von Armut, Kinderarmut und Altersarmut eingesetzt werden.

Wir fordern die Thüringer Landesregierung auf, sich im Bundesrat für eine Erhöhung des EU-Haushaltes einzusetzen.

Die Kohäsionspolitik soll sich auch in Zukunft auf die bedürftigsten Regionen der EU konzentrieren, jedoch alle Regionen mit einbeziehen. Die zukünftige Kohäsionspolitik muss den Erfordernissen des Klimaschutzes und der Energiewende gerecht werden, den ökologischen Umbau und den Ausbau der öffentlichen Daseinsvorsorge stimulieren. Sie muss eine nachhaltige Wirtschaftsentwicklung, Bildung, gute Arbeit und Gleichstellung der Geschlechter fördern.

Nach jetzigem Erkenntnisstand wird Thüringen zukünftig mindestens 528 bis 600 Mio. Euro weniger Förderung erhalten. Deshalb setzen wir uns für eine Aufstockung der Mittel für die Kohäsionspolitik ein. Regionen wie Thüringen, die ab 2014 aus der Höchstförderung herausfallen, brauchen eine ausreichende Übergangsförderung.

Wir lehnen eine Verknüpfung der Kohäsionspolitik mit der EU2020-Strategie ab. Die Bewilligung und Auszahlung von Strukturfondsmitteln darf nicht an institutionelle Reformen oder an die Einhaltung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes geknüpft werden.

Der Europäische Sozialfonds ist das wichtigste beschäftigungspolitische Förderinstrument der EU und muss selbstverständlich Teil der Kohäsionspolitik bleiben. Die Förderpolitik des

ESF sollte sich stärker als bisher auch in Thüringen auf die Förderung von „Guter Arbeit“ und Armutsbekämpfung richten.

Die Landtagsfraktion wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass der Landtag stärker in die Erarbeitung der sogenannten operationellen Programme einbezogen wird.

Wir sehen im Zusammenhang mit der Erstellung der Operationellen Programme eine große Chance, um landestypische Prioritäten für nachhaltige Infrastrukturgestaltung, für Wachstum und Beschäftigung festzulegen und entsprechende Schwerpunktaufgaben zu formulieren.

In der Phase der Erarbeitung der operationellen Programme hat die Landtagsfraktion mit den SozialpartnerInnen, den Gewerkschaften und der LIGA der Freien Wohlfahrtspflege zusammen zuarbeiten.

Die Landtagsfraktion wird aufgefordert, sich für solche operationelle Programme einzusetzen, die eine Vernetzung der einzelnen Fonds ermöglichen. Dies gilt insbesondere für die Entwicklung des ländlichen Raumes

Der Europäische Sozialfonds (ESF) muss künftig breiter im Bereich der allgemeinen Sozialpolitik zum Einsatz gebracht werden. Dieser Fonds soll in Zukunft nicht nur der Beschäftigungsförderung dienen, sondern auch der Bekämpfung von Armut und Ausgrenzung besonders gefährdeter Gruppen, wie Jugendliche, Frauen, MigrantInnen und Menschen mit physischen Einschränkungen. Dazu bedarf es einer besseren finanziellen Ausstattung dieses Strukturfonds. Der Anteil des ESF an den Strukturfonds erhöhen – das Verhältnis Europäischen Fond für Regionalentwicklung (EFRE) zum ESF soll in Zukunft 60:40 betragen. Dieser Forderung wird die Kommission gerecht. Damit ist die etwaige gleichbleibende Höhe des Fördervolumens im Europäischen Sozialfonds in Thüringen gesichert.

V. Die Herausforderungen für die europäische Linke für die Wählerkämpfe 2013/2014

Angesichts der gegenwärtigen Krisen braucht es in Deutschland und Europa mehr denn je eine starke Linke, die außerparlamentarisch und parlamentarisch wirksam werden und in die gesellschaftlichen und politischen Auseinandersetzungen eingreifen kann. In der Realität sind wir von einer solchen europäischen Linken weit entfernt. Leider ist das Gegenteil der Fall. Die politische Krise der EU geht mit einer Krise der Linken in Europa einher. Diese Situation realistisch zu sehen, erscheint uns als Landesverband DIE LINKE Thüringen als eine erste Voraussetzung, sie zu verändern.

Als europäische Linke werden wir aus dieser Situation nur herauskommen, wenn wir Europa als Handlungsrahmen annehmen, anstatt es weiter strategischen zu unterschätzen und zu vernachlässigen. Wir müssen unsere Handlungsfähigkeit vor Ort und im nationalen Rahmen auf die europäische Ebene ausdehnen. Die Entwicklungen der letzten Jahre und Monate erfordern von uns klare Aussagen hinsichtlich der weiteren Perspektive der EU. Leisten wir das nicht, enttäuschen wir die Hoffnungen gerade auch jener jungen Menschen, für die Nationalismen und nationalen Identitäten immer weniger Bedeutung haben.

Insofern muss die Linke in Europa europäischer werden, wenn sie bestehen will, auch weil sich die politischen Rahmenbedingungen verändern. So wird aus gegenwärtiger Sicht die EURO-Krise in den Wählerkämpfen 2013/2014 von den Kommunalwahlen bis zur Europawahl eine herausragende Rolle spielen. Wollen wir in Deutschland und Thüringen in diesen Wählerkämpfen als solidarische und internationalistische Partei bestehen, müssen wir uns *auf* drei Herausforderungen *konzentrieren*:

1. Es muss uns als DIE LINKE auch in den Wählerkämpfen gelingen deutlich zu machen, dass die Konflikte in der gegenwärtigen Krise nicht zwischen Deutschen und GriechInnen, ItalienerInnen, SpanierInnen oder PortugiesInnen, sondern zwischen Oben und Unten, zwischen Krisen-Profiteuren und Leidtragern der Krise verlaufen.

Wir sind also herausgefordert, Solidarität zwischen den am meisten Benachteiligten herzustellen, indem wir die wahren Verursacher der Krise benennen und das Krisenszenario nachvollziehbar erklären. Dies muss uns in einem Umfeld gelingen, in dem durch die unerträglichen Hetze durch konservative und neoliberale Politiker sowie Teile der Medien insbesondere gegen Griechenland Entsolidarisierung produziert wird. Bisher konnten die Krisen-ProfitierInnen eine Sicht vermitteln, dass die Bundesrepublik und jede/r Einzelne gut durch die Krise kommen könnten, wenn sie nicht länger für die „Schuldenstaaten“ aufkommen müssten.

2. Wir müssen als DIE LINKE glaubhaft vermitteln, dass unser Kampf für eine Regulierung der Finanzmärkte und der Beseitigung der Bankenmacht, für einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn und für mehr Steuergerechtigkeit – alles Anliegen, die in breiten Kreisen der bundesrepublikanischen Bevölkerung Zustimmung finden – entscheidende Bestandteile zur Beseitigung der EURO-Krise darstellen, weil sie an deren eigentliche Ursachen gehen.
3. Wir brauchen als DIE LINKE ein aufeinander abgestimmtes strategisches Agieren auf allen Ebenen.

Mit dem Lissaboner Vertrag wurden dem Europaparlament mehr Rechte, Aufgaben und legislative Verantwortung zugewiesen. Unsere ablehnende Haltung zum Lissaboner Vertrag rechtfertigt es deshalb nicht, diese neuen Handlungsmöglichkeiten zu ignorieren, im Gegenteil. Die europäische LINKE muss dafür sorgen, dass alle Möglichkeiten des europäischen BürgerInnenentscheids ausgeschöpft werden, um Mitsprache und Mitbestimmung für alle EU-BürgerInnen zu gewährleisten.

DIE LINKE tritt dafür ein, dass BürgerInnenrechte in Europa gestärkt werden und EU-Bürgerinnen und Bürgern ein Wahlrecht zu den Regionalwahlen haben, in dem Land, in dem ihr Wohnsitz ist.

Wir brauchen als europäische Linke gemeinsame Positionen in der Auseinandersetzung um die Rolle der Europäischen Zentralbank, die Vergesellschaftung von Staatsschulden, die Bildung einer Banken- und Finanzunion, die Übertragung bisheriger nationaler Haushaltssouveränität auf die EU-Ebene oder auch die Durchführung von Volksentscheiden zur weiteren europäischen Integration.

Für die europäische Linke ergeben sich aus den veränderten Rahmenbedingungen auch neue taktische Herausforderungen für die Europawahl 2014. Die jeweiligen europäischen Parteienfamilien werden bei den nächsten Wahlen zum Europaparlament mit gemeinsamen SpitzenkandidatInnen antreten, die wiederum jeweils für das Amt des Präsidenten der Europäischen Kommission kandidieren, wodurch sich der Wahlkampf selbst verändert. Es wird nicht mehr um jeweils nationale Antworten zu den bestehenden Herausforderungen gehen. Die europäische Linke wird aufeinander abgestimmte europäische/nationale/regionale Positionen vertreten müssen.

Wir fordern vom Parteivorstand DIE LINKE und vom Vorstand der EL, mit den Mitgliedsparteien in eine Diskussion darüber einzutreten und hierfür gemeinsam mit der linken Fraktion im EP Vorschläge zu entwickeln, wie die europäische Linke inhaltlich und organisatorisch diese Wahlen gemeinsam vorbereitet. Wir gehen davon aus, dass die europäische Linke mehr ist als die Europäische Linkspartei (EL), deren Gründungsmitglied unsere Partei ist und auch mehr ist als jenes Spektrum, das durch die Linksfraktion im EP abgedeckt wird. Wir verstehen die europäische Linke als einen Bestandteil eines breiten Bündnisses europaweiter außerparlamentarisch und parlamentarisch wirkender Gruppen, Initiativen und Parteien, das zur Durchsetzung einer anderen Entwicklungslogik in der Europäischen Union eine wirksame Gegenhegemonie zum derzeit vorherrschenden Neoliberalismus erlangen kann. Dabei kommt dem Europaparlament zwar nicht die alles entscheidende, aber eine wichtige Rolle zu. Verliert die parlamentarische Vertretung der europäischen Linken wie 2009 erneut an Zustimmung, verstärkt sich der Rechtsruck weiter,

kann dies sehr problematische Auswirkungen für die außerparlamentarischen Kämpfe haben – sowohl europaweit, als auch auf nationaler Ebene. Deshalb müssen wir uns auch in Thüringen dafür einsetzen, möglichst viele Wählerinnen und Wähler von der Bedeutung Europas zu überzeugen und ihnen unsere Vorschläge nahezubringen."